

Versteht täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstadtgasse 33.
Zweites Bureau der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 15,250.
Abonnementpreis viertel 4 1/2 M.
incl. Frangirats 5 M.
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegemplar 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter
ohne Postbestellung 16 M.
mit Postbestellung 45 M.
Jahres 49 M. Courant, 20 Pf.
Bessere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis - Labelarischer
Satz nach höherem Tarif.
Kleinere unter 1. Redactionssatz
die Spalte 40 Pf.
Jahres sind fest an d. Expedition
zu senden. - Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postversand.

N^o 317.

Dienstag den 13. November 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Freitag den 16. d. M. Vormittags 9 Uhr sollen in der Promenade in der Nähe der Schützenstraße und von da weiter in den Anlagen um die Stadt ca. 50 Rummel, Scheitholz und 6 Reihigebanken an den Meistbietenden gegen sofortige Zahlung und Abgabe öffentlich versteigert werden.
Leipzig, den 12. November 1877. Die Deputation des Rathes zu den Anlagen.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Kolbe erreichte die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases im Monat October d. J. das 15fache von der Normalleuchtkraft, bei 0,51 specifischem Gewicht.
Leipzig, den 10. November 1877. Des Rathes Deputation zur Gasanstalt.

Leipzig, 12. November.

„Das Kriegsglück ist veränderlich wie der Mond!“
sagte Diracl bei dem Lord-Rapport-Banket, das vor einigen Tagen in London stattfand. Auf den jetzigen Orientkrieg paßt das Bild sicher. Wieder einmal hat sich das Blatt gewendet, und die Massen, die schon so tief unten lagen, daß man sie im Geiste bereits wieder jenseits der Donau sah, stehen aufrecht und schwingen auf Neue die Siegespalmen. Und doppelt ist die Entschädigung, die ihnen die zurückgehende Fortuna für ihr langes Ausbleiben gewährt; auf beiden Kriegstheatern, in Asien wie in Europa, vor Egermen wie vor Plewna zeigt sie den Moskowitern ein gnädiges Antlitz. Kein Wunder, daß da die alte Besorgnis vor russischen Uebergriffen ausbleibt, daß trotz der glänzenden Proben, die der Halbmond von seiner Widerstandskraft ablegt, die Besichtigung sich regt, Rußland könnte den Sieg dauernd an seine Fahnen heften und, hierdurch übermüthig gemacht, eine Eroberungspolitik herantreiben, die das Machtverhältnis in Europa aus dem Gleichgewicht bringen würde. Die Rede, die der englische Premier-Minister bei der oben erwähnten Gelegenheit hielt, beschäftigt sich mit dieser Frage und glaubt die Befürchtung abzuwehren zu können durch den Hinweis auf eine Aeußerung des Kaisers Alexander, der am Vorabend des Krieges sein Wort dafür verpfändet habe, daß Rußland keine Eroberungspolitik treibe. Diese Stelle in der Rede Diracl's ist sehr bemerkenswerth, sie ist ebenso beruhigend wie dröhnend; beruhigend insofern, als sie constatirt, daß England auch jetzt noch, trotz der russischen Siege, an seine Einmischung zu Gunsten der Pforte denkt, und drohend insofern, als sie durchblicken läßt, daß man in London entschlossen ist, den Czaren beim Wort zu nehmen und einzuschreiten, falls dennoch russische Eroberungspläne zum Vorschein kommen sollten. Diracl meint mit Recht, daß trotz der Ungeduld, mit der ganz Europa diesen langwierigen und blutigen Krieg verfolgt, der Augenblick für die friedensvermittelnde Thätigkeit der neutralen Mächte noch nicht gekommen sei; doch hofft er, daß die Zeit nicht mehr fern sein dürfte, wo England mit den übrigen europäischen Mächten zur Lösung der Schwierigkeiten beitragen könne, um nicht nur den Frieden, sondern auch die „Unabhängigkeit Europas“ zu sichern. An einer anderen Stelle seiner Rede spricht er auch von einer „Unabhängigkeit der Türkei“, die nicht mehr angezweifelt werden könne. Was versteht er nun aber unter der Unabhängigkeit Europas und der Türkei? Das ist die Kernfrage. Bildet er die Unabhängigkeit beider für gefährdet, hält er die Selbstständigkeit der Türkei, das Gleichgewicht Europas für bedroht, wenn die slavisch-christlichen Provinzen Bosnien, Herzegowina und Bulgarien aus dem Zusammenhange mit der islamitischen Türkei gelöst und eine gesonderte Rechtsstellung und Verwaltung, eine ausgeübte Autonomie erhalten sollen? Diese Forderung bildet bekanntlich den eigentlichen Kern des Programms, mit dem Rußland in den Krieg zog und auf dem es, wie keinem Zweifel unterliegen kann, noch heute besteht. Erklärt nun England in der Erfüllung dieser Forderung eine Schädigung nicht nur der türkischen, sondern auch der englischen und europäischen Interessen, so wird ein Zusammenstoß zwischen Rußland und England kaum zu vermeiden sein. Ist dies aber nicht der Fall, schließt sich vielmehr England den russischen Reformwünschen unterstehend an, so können wir hoffen, daß der Krieg in nicht allzu ferne Zeit mit einem günstigen Ergebnis im Sinne Rußlands abschließen werde, ohne daß der Brand weiter greift. Wir glauben allerdings, daß die russische Politik lang genug sein und sich halten wird, durch Eroberungspläne auf europäischem Boden nicht nur England, sondern auch Oesterreich gegen sich in Gefahr zu bringen. Denn letzteres wird niemals dulden, daß Rußland sich an der Donau festsetze; so lange dies aber nicht geschehen wird, ist es ruhig zusehen, und wenn in den letzten Tagen das Gerücht ging, als ob man sich in Oesterreich wieder mit Restitutionsgedanken trüge, so beruht dieses inzwischen gründlich demontirte Gerücht auf der irrigen Voraussetzung, als ob Oesterreich sich schon durch die bloße Thatsache russischer Siege bedroht und in seinen Interessen gefährdet fühle. Alles wird, wie gesagt, davon abhängen, ob Rußland an der Donau erobern will, und es wird der Türkei gegenüber freie Hand behalten und dieser, falls es Sieger bleibt, ungehindert den Frieden dictiren können, wenn es derartige Eroberungspläne von sich frei

hält. Eine andere Frage ist die, ob es nicht versucht wird, sich für die Unkosten des Krieges durch Gebietsvermehrungen in Asien zu entschädigen. Hier würde es dem Widerstand Oesterreichs gar nicht, vielleicht aber demjenigen Englands beugen. Ob aber England, ohne auf Hilfe vom Continent her rechnen zu können, sich auf eigene Faust in einen Krieg mit Rußland stürzen würde, ist doch noch sehr zu bezweifeln. Es ist daher an der Hoffnung festzuhalten, daß der russisch-türkische Krieg, selbst wenn er in der Hauptsache zu Gunsten Rußlands ausfällt, nicht über seine ursprünglichen Dimensionen hinausgreifen, nicht das Beispiel zu einem Weltkriege werden wird.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 12. November.

Ein (inspirirter) Petersburger Brief der „Nordd. Allg. Zeitung“ über die russischen Kriegsziele knüpft an die Behauptung der panslawistischen „Russ. Welt“ an, Rußland müsse den Krieg fortführen, bis seine Herrschaft im Schwarzen Meere und sein politischer Einfluß in der südasiatischen Welt festgesetzt seien — es habe sich hierbei nicht um die Wünsche Englands oder Oesterreichs zu kümmern. Der Correspondent bemerkt hierzu: „Die panslawistischen Fühner haben Nichts zu thun mit den russischen Forderungen, die in Asien und an der Donau unsern tapfern Helden voranzutreiben, und die Redaction einer Presse, die nur ein düsteres Großsprecherei vertritt, soll in Europa nicht zu Combinationen führen. Rußland bleibt der seinen vorgedachten Ziele: Autonomie der Bulgarien, Serbien, der Herzegowina, Befreiung der Christen vom Sklaventhum der türkischen Pasha's, der eine panslawistische Forderung für Rußland ist eine der großen Mächte, die mit der Wachsthum und dem Bestehen der anderen Großstaaten rechnen, in Europa und Asien, und wenn es von England viel Unfreundliches zu erfahren gehabt hat, so kann dies nie zu Bestürzungen veranlassen. Dem uns freundlich gestimmten Krotzky'schen Cabinet Schwierigkeiten zu bereiten, dazu liegen wahrlich keine Anlässe vor, geschweige denn Anzeichen. Rußland wird kämpfen, hartnäckig kämpfen und deshalb in seiner guten Sache erfolgreich, weil es auf sich genommen hat, das zu verwirklichen, was das Berliner Memorandum wie das Londoner Protokoll als gerecht und notwendig anerkannt. Hat es durch sein Gewicht erreicht, was es will, was die Türkei dem gesammten Mathe Europas verweigert, dann wird es zeigen, daß es die Harmonie der Großmächte Europas wohl zu schätzen weiß. Nichts liegt ihm ferner, als dem Wiener Kaiserhofe Schwierigkeiten zu bereiten. Für unsere innere Lage steht aber eines fest: dem Krieg muß die ruhige, sichere Entwicklung unseres Landes folgen und was dieser widerspricht, das ist das panslawistische Treiben. Die Entwicklung unserer Verwaltung und Gesetzgebung, die in Aussicht genommenen Steuerreformen, sie sind schon während des Krieges bedeutende Stappen einer Politik, die dem russischen nationalen Leben zu Gute kommen“ wird, die aber jede panslawistische Propaganda von sich weist.“

Die „Alln. Ztg.“ erinnert daran, daß Rußland vor dem Krieg und als es an leichte Erfolge glaubte, namentlich fünf Bedingungen für den Frieden aufstellen wollte: Eröffnung der Darbanelle für Kriegsschiffe; Auslieferung der türkischen Flotte als Pfand für eine Kriegentschädigung; Autonomie der Balkanprovinzen; Wiedergewinn des im Pariser Frieden verlorenen Stiles von Besarabien; Abtretung von Dalman und dem entsprechenden asiatischen Gebiete. Man könne erwarten, daß Rußland jetzt mit Berufung auf die gebrauchten Opfer die Forderungen noch erweitern werde. (?)

Bei Besprechung von Friedensvorschlägen äußert sich der „Solus“ wie folgt: „Die Wiederherstellung des Status quo ante bellum in Kleinasien würde mit den Zielen, in deren Namen Rußland den jetzigen Krieg begann, durchaus in Widerspruch stehen. Das türkische Armenien ist zur Hälfte von Christen bevölkert, die unter der Willkür der Türken kaum weniger leiden als die Christen der Balkan-Halbinsel. Das Loos, welches die armenische Bevölkerung dieser Provinz traf, als die russische Truppen einrückten, war, zeitweilig bis zu anderer Grenze zurückzuweichen, jetzt klar, daß die Wiederherstellung der alten Ordnung im türkischen Armenien für eine Regierung, welche die Waffen zum Schutze der Christen ergriffen hat, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Was jedoch die Kriegentschädigung betrifft, so ist sie einfach ein Hohn auf den gesunden Menschenverstand! Wenn sollte es unbekannt sein, daß die vollständig bankrotte Türkei nicht im Stande ist, dem triumphirenden Gegner auch nur einen Paas anzubieten. Daß in diesem Falle von einer Entschädigung keine Rede sein kann,

ist einleuchtend. Der Friede, den wir mit der Türkei schließen können, muß auf Grundlagen beruhen, welche Rußland in Stand setzen, nachdem das Loos der türkischen Christen vollständig und unabänderlich sich gestellt worden, mit einem Male sich aller Sorgen und Mühen in der Orientfrage zu entledigen und die Türkei vollständig los zu werden. Dieses Ziel kann aber nur durch einen Frieden erreicht werden, der unüberwiegend in Kleinasien für die Kosten des gegenwärtigen Krieges entschädigt und uns zugleich die Möglichkeit giebt, ein für alle Mal unsere Rechnung mit der Türkei abzuschließen.“

Der „Nord“ bespricht die Rede Lord Beaconsfield's bei dem Lord-Rapport-Banket in Guildhall und hebt hervor, daß Lord Beaconsfield indem er die Unabhängigkeit der Pforte und die türkischen Reformen oben an stelle, die Türkei ermutige, den Kampf gegen Rußland und für ein von ganz Europa bewährtes Programm bis zum Alleräußersten fortzusetzen. Diese Rede Lord Beaconsfield's könne nur dazu beitragen, den orientalischen Krieg in die Länge zu ziehen.

Dr. Dühring hat am 9. November in Berlin die freie wissenschaftliche Vereinigung begründet. Der Mittelsatz und Beprehung der Statuten ließ er einen Vortrag über die „notwendige Unabhängigkeit der Wissenschaft von den Parteien“ vorangehen. In diesem Vortrage führte Herr Dühring aus, daß die Würde der reinen Wissenschaft eine Beeinträchtigung dieser letzteren durch Parteistrebungen nicht gestatte; daß wissenschaftliche Studien müsse allein von der Rücksicht auf die ungetriebene Wahrheit geleitet sein, während das Parteinteresse naturgemäß auch der wissenschaftlichen Behandlung der Dinge einen einseitigen, mehr oder weniger advocatorischen Charakter gebe. Im Rande des Herrn Dühring nehmen sich diese Ausführungen einigermaßen sonderbar aus. Wenn irgend Jemand den Vorwurf verdient, sich in seiner wissenschaftlichen Thätigkeit mehr von persönlichen, parteiischen, als von sachlichen Gründen leiten zu lassen, so ist es Herr Dühring selbst, der immer und immer nur als ein eigener Sachwalter vor sein Auditorium tritt. Was veranlaßt ihn nun, sich der Würde der reinen Wissenschaft zu erinnern und jede Parteibestrebungen aus der Sphäre seiner künftigen Thätigkeit zu verbannen? Und welche Parteibestrebungen waren es denn, gegen die er so nachdrücklich sich verwahren zu müssen glaubte? Er hat sich darüber nicht ausgesprochen, aber wir werden nicht irren, wenn wir annehmen, daß die Lehre von der Würde der reinen Wissenschaft an die Adresse derjenigen Partei gerichtet war, welche bisher den misgünstigsten Gelehrten mit allen Mitteln an sich zu fesseln gesucht hat. Diese Partei blieb ihm denn auch die Antwort nicht schuldig, und wir können das Resultat der Versammlung in den Satz zusammenfassen: Dühring hat mit der Socialdemokratie gebrochen. Das ist zwar überraschend, aber erklärlich. Der Zweck der „wissenschaftlichen Vereinigung“ ist nach den Statuten: „Befreiung der Wissenschaft und Modernisierung der Bildung, soweit dies auf rein wissenschaftlichem Wege und durch Privatstudien möglich ist.“ Man würde über die mehr als utopischen Erwartungen des Herrn Dühring erstaunen müssen, wenn er den Sinn dieser Worte nicht durch die Bemerkung erklären hätte, es werde im Wesentlichen darauf ankommen, sich über die nachtheiligen Folgen zu unterrichten, welche die „unwissenschaftliche“ Unterdrückung der wissenschaftlichen Freiheit mit sich bringe. Es ist billig, daß im §. 3 die Lehren „nützlich organisirter Hochschulen“ von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden. Wie werden sich die Herren ärgern! Es sollen wöchentliche Vorträge mit sich daran anschließender Discussion gehalten werden; auch Gäste dürfen gegen Eintrittsgeld theilnehmen. Herr Dühring für seine Person wird vorläufig für die Vorträge sorgen. Welches Thema dabei unter allgemein wissenschaftlicher, physikalischer, astronomischer, national-ökonomischer oder sonst welcher Eintheilung in allen möglichen Variationen zu behandeln ist, versteht sich von selbst. Man weiß, wo die Vereinigung da ist, und man kann sich daher nicht wundern, daß nach den Statuten, so sorgfältig dieselben überall den Schein der Gleichberechtigung aller Mitglieder zu wahren suchen, doch Herr Dühring die Vereinigung autokratisch regiert und neben sich und seinen eigenen Zwecken Nichts weiter duldet. Dem entspricht denn auch die Bestimmung, daß „jede Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und jede

darauß abzielende Erörterung“ ausgeschlossen ist. Das heißt so viel, als: „Meine lieben Herren Socialisten, wenn Sie mit mir auf die Professoren losziehen wollen, dann sind Sie mir willkommen, wenn Sie aber glauben, meine wissenschaftliche Vereinigung für Ihre socialistische Propaganda benutzen zu können, dann bedauern Sie — Sie würden dadurch das Unternehmen gefährden.“ Die implícite also Angeredeten, welche noch vor wenigen Monaten in Dühring den „Genius“ sahen, der „eine Welt in Trümmer schlug und eine neue schuf“ — was ist ihnen Dehuba! — waren denn mit der Antwort auch bald bei der Hand. Es war eine peinliche Scene, als ein Rusenjohn, welcher einst den großen Dühring in begeisterter Obdacht besungen hatte, vortrat und rundweg erklärte: „Herr Dühring, Sie haben mir in einer Privatunterredung gesagt: die Vereinigung bin ich, Anarchie werde ich nicht dulden! Ich bin mit Ihnen bisher für die Freiheit der Wissenschaft eingetreten, jetzt trete ich für die Freiheit der Wissenschaft gegen Sie ein.“ Der socialistische Reichstagsabgeordnete Wolf — bekanntlich auch ein Gelehrter — war in eigener Person erschienen, um die Operation zu leiten. So ist nun das Bündniß gelöst. Man weiß nicht, welcher von beiden Theilen dafür mehr zu beklagen ist. Was Dühring's Unternehmen anlangt, so hat dasselbe freilich durch den Aufbruch der socialistischen Elemente nicht an Lebensfähigkeit gewonnen. Die dem künftigen Gelehrten nun noch gebliebene geringe Selbstständigkeit (besonders der weiblichen Theil derselben) dürfte in Bitter ihre verschiedenartigen Erwartungen getrübt finden und allmählich juridictiren.

Wie aus München gemeldet wird, soll der bisherige Vorstand der patriotischen Fraction, Freitag, beabsichtigen, aus dem Patriotenclub auszuschcheiden.

Im Nachlasse des Generalfeldmarschalls v. Wrangel befinden sich eine Anzahl werthvoller historischer Scripturen und Briefe, welche demnach gesichtet und mit einer Biographie Wrangel's, aus hervorragender Feder, herausgegeben werden.

In den Gerüchten über Maßnahmen der österreichischen Regierung, welche eine theilweise Rehabilitirung zum Beginn haben sollen, bemerkt die „Presse“: „Wir können wiederholt auf Grund authentischer Informationen versichern, daß an den betreffenden Mittheilungen nicht ein Wort wahr ist. Eine ruhige Beurtheilung der Sachlage müßte übrigens von selbst die Unbilligkeit der betreffenden Alarmgerüchte darthun, wenn man eben die in der Sache nicht absichtlich tendenziös betrachteten sollte. Auf dem Kriegsschauplatz hat sich in jüngster Zeit Nichts ereignet, was Oesterreich irgendwie zu außerordentlichen Maßregeln veranlassen könnte; und es steht auch aller menschlichen Voraussicht nach in der nächsten Zeit kein Ereigniß bevor, das irgend eine Aenderung der Situation herbeiführen könnte, auch der in einem heftigen Morgenblatte angelegene Fall von Plewna nicht. Dieses Ereigniß mag für die Russen sehr angenehm sein, für die Türken sehr fatal sein, wird aber im Westen der Balkanhalbinsel, die zunächst für Oesterreich in Betracht kommt, keine Rückwirkung ausüben, welche nicht durch den herannahenden Winter paralysirt würde.“

Das Programm des „Lissa“ ist nach einer Nachricht der „Allg. Ztg.“ dahin festgestellt: Widerstand gegen die Linke oder die Mehrheit der Abgeordnetenversammlung; das jetzige Ministerium bleibt, nur der Herzog Decazes scheidet aus, und wird durch den Herzog Droglie im Ministerium des Aeußeren ersetzt, welcher seinerseits das Portefeuille der Justiz an Herrn Brunet abgibt. Die Regierung verlangt vom Senat ein Vertrauensvotum. Dasselbe erscheint ihr als durchaus sicher. Nach Erlangung desselben wird das Ministerium alsbald der Abgeordnetenversammlung das Budget vorlegen, und wenn die Kammer es verweigert, beim Senat eine neue Aufsicht derselben beantragen.

Der „Post“ telegraphirt man aus Paris: Dieselbe Unklarheit, dieselbe Unbestimmtheit in den Kreisen der Regierung. Das Ministerium Droglie besteht daran, seine Politik in der Kammer zu verteidigen. Die Idee eines Ministeriums Simon ist wieder aufgegeben. Die Verhandlungen für die Bildung eines Cabinets aus der Rechten des Senats unter Präsidentschaft des Marschalls Canrobert oder des Grafen Dura dauern fort. Die Wahl des Richter-Ausschusses der Linken hat im Uebigen sehr erbittert. Man sieht darin